

25. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 20. JUNI 2006

Vorlage Nr. 742 ANFRAGE  
Zu TOP 23

-----

A N F R A G E

des Stadtrats Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 20. Mai 2006

Zwangsumzüge für Hartz-IV-Empfänger

Wie viele Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger wurden seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze bisher aufgefordert, sich eine preisgünstigere Wohnung zu suchen?

Warum geht die Stadt von ihrer Zusage ab, kein Hartz-IV-Betroffener muss seine Wohnung verlassen?

Warum weicht die Stadt von ihrer Praxis ab, Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen für ALG-II-Empfänger zu erbringen?

Wie realistisch ist es für ALG-II-Empfänger eine angemessene Wohnung, die inklusive Nebenkosten nicht mehr als 315,00 € kostet, zu finden?

Warum werden Vermieter nicht aufgerufen, die Wohnkosten für ALG-II-Empfänger zu senken?

Ist der Grund für die Festsetzung eines Höchstbetrages für Unterkunft von ALG-II-Empfängern auf 315,00 € die steigende Zahl der Bedürftigen?

Ist die Stadt mit mir einer Meinung, dass es für ALG-II-Empfänger eine Zumutung ist, gerade nach dem Beschluss des Bundestages (mit den Stimmen von SPD und CDU), die Mehrwertsteuer ab dem Jahr 2007 von 16 % auf 19 % zu erhöhen?

Ist die Stadt mit mir einer Meinung, dass mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer die Zahl der Bedürftigen steigen wird?

Ist die Stadt mit mir einer Meinung, dass Hartz IV Armut per Gesetz ist und durch die Mehrwertsteuererhöhung verstärkt wird?

Ist es nicht ein Widerspruch, wenn der Gemeinderat beschließt, bis zum Stadtgeburtstag 2015 alle Obdachlosen von der Straße zu bekommen und die

Stadtverwaltung gleichzeitig ALG-II-Empfänger aus ihren Wohnungen vertreibt?

Sachverhalt/Begründung:

Seit einiger Zeit werden ALG-II-Empfängern Briefe zugesandt mit der Aufforderung, sich eine preisgünstigere Wohnung zu suchen. Dabei wird eine Frist festgesetzt mit der Androhung, das Wohngeld zu kürzen.

Siehe Anlage:

Brief der ARGE-Jobcenter der Stadt Karlsruhe an einen ALG-II-Empfänger

gez. Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
9. Juni 2006

Anlage

Stellungnahme